

FRANZ HORNER

Nach Ausbildung als Handwerker 1957 Matura in Salzburg. 1958–1964 Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Freiburg i. Ue., der Politikwissenschaft und Philosophie an der Johns Hopkins University in Bologna und Washington D. C. Anschließend wissenschaftlicher Referent bei der EFTA und Mitarbeiter des Internationalen Forschungszentrums für Grundfragen der Wissenschaften in Salzburg. 1967–1976 Assistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Salzburg. 1973 Habilitation und 1976 Ernennung zum Univ. Prof. für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Salzburg. Bücher (u. a.): Die sozialen Grundrechte. Weltanschauliche und gesellschaftspolitische Aspekte (Salzburg 1974); Konservative und christdemokratische Parteien in Europa. Geschichte, Pro-

grammatik, Strukturen (Wien 1981). Buchbeiträge und Zeitschriftenartikel (Auswahl): Bedingungen und Grenzen des Dialogs (Salzburg 1969); Katholische Soziallehre – Möglichkeiten und Grenzen (Salzburg 1969); Die neuscholastische Naturrechtslehre zwischen Antimodernismus und moderner Sozialwissenschaft (Graz 1974); Christliches Menschenbild – Theorem oder reale Möglichkeit gesellschaftlicher Lebensgestaltung (Wien 1977); Katholische Soziallehre und Sozialismus (Salzburg 1977); Christliche Demokratie und Konservatismus (Innsbruck 1981); Christliche Grundhaltungen in der Grundwerte- und Pluralismusdebatte der Gegenwart (Linz 1983); Christlich-demokratische Programmatik und der Typus Volkspartei (Wien 1984). Anschrift: Universität Salzburg, Senatsinstitut für Politikwissenschaft, Mühlbacherhofweg 6/I, A-5020 Salzburg.

Andrea Riccardi

Das vatikanische Europa und das katholische Italien

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ist in Westeuropa eine starke Wiedergeburt der christlichen Parteien zu verzeichnen, und zwar mit einer bemerkenswerten Beteiligung katholischer Politiker in leitenden Rollen in den Regierungen der Wiederaufbauphase. Der Sozialist Auriol konnte in seinem Tagebuch vermerken: «Die Kirche hat die dreifache Alliance von Adenauer, Schuman und De Gasperi zustande gebracht – drei Tonsuren unter einer Kalotte.» Die Presse bestand auf einem «vatikanischen Europa» und sah in den katholischen Parteien Zweigunternehmen einer Einheitsorganisation, die ihren Mittelpunkt im Heiligen Stuhl und im Papst haben¹.

Tatsächlich wurde während des Pontifikats Pius' XII. der Prozeß der Zentralisierung der katholischen Kirche immer mehr forciert, und zwar unter dem Leitbild einer Sicht von der Aktivität der Katholiken und der Leitung der «katholischen Welt», die diese nach Art eines Organismus verstand. In diesen letzten Jahren hat eine Reihe von Studien ein gewisses Licht auf

die Jahre des Pacelli-Papstes geworfen und ihre Komplexität offenbart². Dennoch kann man nicht leugnen, daß der Papst nach dem Krieg das Empfinden hatte, die Kirche sei auf ihrem Weg an ein epochales Datum gelangt, wobei sie eine ganze Zivilisation bzw. Kultur repräsentiere, nämlich die christliche, welcher eine andere Zivilisation als Widerpart gegenüberstehe, nämlich die der kommunistischen Parteien und der Sowjetunion. Hatten aber die katholischen Parteien in diesem Rahmen einer epochalen Konfrontation eine hinlänglich bestimmte Rolle in der Strategie des Vatikans Pius' XII.? Und haben die Richtlinien, die vom Papst und von Rom ausgehen, eine treibende und wirklich leitende Rolle gespielt bei der Bildung katholischer Parteien und in ihrem Führungsstil?

Um auf diese Fragen antworten zu können, müssen wir uns zunächst noch etwas aufhalten bei der inneren Auseinandersetzung, mit der der Vatikan sich in den Jahren des Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit abgequält hat. In dieser Zeit lebt der Heilige Stuhl in einer tiefgreifenden internationalen Isolierung, wobei seine diplomatische Tätigkeit im Rahmen des Kriegsgeschehens eher unbedeutend ist. Schlecht sind die Beziehungen zu den Achsenmächten. Gar keine Beziehungen bestehen zur Sowjetunion. Kühl sind die Beziehungen zu den alliierten Staaten, wenn man einmal absieht von den Vereinigten Staaten von Amerika unter Roosevelt, mit

dem der Heilige Stuhl gute und beständige Beziehungen unterhält, und zwar auch auf dem Wege über Myron Taylor³.

In dieser schwierigen Situation blickt die vatikanische Diplomatie mit großer Sorge auf die künftige Neuordnung Europas, wobei sie die Vorstellung der Vereinigten Staaten von der Rolle, welche sie der Sowjetunion in den osteuropäischen Ländern zugebracht hatten, nicht teilte und auch nicht ihrer Meinung über mögliche Öffnungen im Leben des sowjetischen Volkes zustimmte. Tatsächlich wird der Vatikan nur selten wegen der Zukunft Europas zu Rate gezogen, außer von den Vereinigten Staaten im besonderen Falle hinsichtlich Italiens. Tatsächlich hat der Heilige Stuhl ja die Möglichkeit einer gewissen Einflußnahme auf dieses Land aufgrund der traditionellen Verbindungen zu Rom und der gesamten italienischen Gesellschaft.

Italien ist das Gebiet, in dem die vatikanischen Kreise ihre politischen Theorien mit größerer Klarheit und Entschiedenheit vorbringen. Hier haben die Kirche und ihre Bischöfe seit den Kriegsjahren ein großes Anwachsen ihres Prestiges zu verzeichnen gehabt, das schon während der zwanzig Jahre des Faschismus sehr stark war. Vor allem die Popularität Pius' XII. in Rom ist groß, wie man aus der Massenkundgebung des Volkes auf dem Petersplatz am 6. Juni 1944 ersehen kann, bei welcher dem Papst als dem «defensor civitatis» akklamiert wird. In der letzten Phase des Krieges ist gerade in Rom die Popularität des Papstes sehr gewachsen, auch weil die einfachen Leute in ihm ein Symbol des Friedens sehen, sozusagen im Gegensatz zu Mussolini, der den Krieg gewollt hatte⁴. Wie aber sollte man in Rom und in Italien dieses große Prestige des Papstes und der Kirche sinnvoll einsetzen? An dieser Frage entzündete sich die Debatte im Vatikan. In diesen Kreisen ist allen klar, daß Italien, eine – unter religiösem Blickwinkel gesehen – traditionell katholische Nation, außerhalb des sowjetischen Herrschaftsbereichs bleiben muß. Dies ist schon eine Forderung im Interesse der Lebensfähigkeit der Zentralorgane der Kirche, die ja gerade in Rom angesiedelt sind. Aber vielleicht denkt der Vatikan nach dem Sturz des faschistischen Regimes auch daran, einen größeren Einfluß im Land auszuüben.

Für Pius XII. – einen aus Rom stammenden Papst – muß Rom, seine Diözese, eine symbolhafte Stadt für den Rest der katholischen Welt

sein, sozusagen ein Laboratorium der christlichen Zivilisation. Und in diese hohe Idealvorstellung von der Rolle Roms wird auch Italien einbezogen. Die Zukunft Roms und Italiens ist – für den Papst – nicht ohne Konsequenzen für Europa und die katholische Kirche. Übrigens sind die Verantwortlichen für die vatikanische Politik alle Italiener: der Staatssekretär, Kardinal Maglione, nach dessen Tod im Jahre 1944 kein Nachfolger ernannt werden wird, Monsignore Tardini, Sekretär für die Außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten (der «Außenminister» des Vatikans), und Monsignore Montini, Substitut des Staatssekretariats. Von den Kardinälen und hohen Prälaten im Vatikan bilden Italiener die Mehrheit (mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen wie Kardinal Tisserant), in deren Empfinden die Geschicke des Heiligen Stuhls eng mit denen Italiens verknüpft sind.

Eine katholische Partei, mehrere katholische Parteien oder Katholiken in den verschiedenen Parteien?

Im Jahre 1943 offenbart eine Denkschrift des päpstlichen Diplomaten Tardini an die Adresse der Vereinigten Staaten von Amerika eine sehr vorsichtige Einstellung des Heiligen Stuhls zur italienischen Frage: Für die Zukunft des Landes schlägt man eine starke amerikanische Präsenz vor, während die italienische Demokratie eine Zeit der Eingewöhnung durchmachen müßte. Zu dieser Zeit aber nahmen in ganz Europa die Katholiken schon am Befreiungskampf teil und stellten sich im stillen schon die Frage nach ihrem möglichen Beitrag zum Wiederaufbau der Gesellschaft nach dem Krieg. In Italien gab es schon die «Democrazia cristiana», eine Partei, die gegründet worden war von einer älteren Generation, die aus dem «Partito Popolare» Don Sturzos hervorgegangen war, der vom Faschismus unterdrückt worden war, und von einer jüngeren Generation, die in den Reihen der «katholischen Verbände» während des Mussolini-Regimes herangereift war. Eine gewisse Vorstellung hat dazu geführt, daß die Democrazia cristiana bis vor kurzer Zeit als eine Partei beschrieben wurde, die aus dem Willen der Kirche geboren worden sei. Die Wirklichkeit aber ist ganz anders: Die Democrazia cristiana entsteht auf Initiative von De Gasperi, der natürlich den Vatikan darüber informiert, der seinerseits aber nur wenig Lust

zeigt, direkt in diese Sache hineingezogen zu werden⁵.

Tatsächlich ist die Linie, die der Vatikan gegen Kriegsende verfolgt, von äußerster Vorsicht gekennzeichnet. Im Wesentlichen ist sie inspiriert von Monsignore Tardini, der sich zum Verfechter der diplomatischen Sichtweise des Staatssekretariats macht, und zwar in einer Tradition, die zurückgeht auf Kardinal Gasparri. Für Tardini gilt, daß die Kirche sich eines unmittelbaren Engagements für eine bestimmte Partei enthalten muß, und vor allem, daß sie sich aus dem politischen Streit der Parteien untereinander heraushalten muß. Nicht daß dieser Prälat der *Democrazia cristiana* feindlich gesonnen gewesen wäre, aber diese Partei stellt für ihn keine Größe dar, für die er das Prestige der Kirche und des Papstes einsetzen möchte. Man kann sagen, daß während einer ersten Phase in der Einstellung des Vatikans die diplomatische Position Tardinis vorherrschte, die jedoch mehr auf andere europäische Verhältnisse – wie etwa die in Frankreich – zugeschnitten war. Der Vatikan engagiert sich auf einer ganz anderen Ebene, nämlich jener der Beziehungen zu den Regierungen, bei denen er Verständnis für die Interessen der katholischen Kirche zu wecken sucht, die er für vorrangig hält.

Die Situation in Italien ist jedoch kompliziert: Unter den Parteien des Widerstands gibt es neben den Kommunisten, den Sozialisten und anderen eine Vertretung der Katholiken, die wahrgenommen wird von der *Democrazia cristiana*. Auf der örtlichen Ebene kann es – schon wegen der Herkunft so vieler führender Christdemokraten aus dem katholischen Milieu – nicht ausbleiben, daß damit irgendwie auch die Kirche mit in die Verantwortung hineingezogen wird. Überdies haben die Verantwortlichen der *Democrazia cristiana*, allen voran Alcide De Gasperi, eine bemerkenswert enge Beziehung zum Substituten Montini. Dieser Prälat, der Sohn eines Deputierten des Partito Popolare, hatte immer aus allernächster Nähe das Wirken der katholischen Verbände begleitet. Für einige Bereiche und gewisse Bewegungen innerhalb dieser Verbände war er sozusagen der Inspirator gewesen. Seine persönlichen Verbindungen zu den katholischen und christdemokratischen Führungskräften, von den Alten wie De Gasperi bis zu den Jungen wie Moro und Andreotti, sind intensiv. Seiner Überzeugung nach ist die Beteiligung von Katholiken auf dem Gebiet des politischen Le-

bens von größter Wichtigkeit: Die katholischen Christen haben in den Jahren der faschistischen Herrschaft eigene programmatische Vorstellungen für die Gestaltung von Politik und Gesellschaft entwickelt, die sie nun zur Geltung bringen müssen, indem sie die Herausforderung der Konfrontation mit der Demokratie annehmen. Unter dem Einfluß der Gedanken eines Jacques Maritain, der von Montini sehr geschätzt wird, wird die Notwendigkeit eines katholischen Engagements auf politischem Gebiet mittels einer konkreten politischen Partei stark betont⁶.

Die *Democrazia cristiana* De Gasperis empfängt also von Montini bemerkenswerte Ermutigung. Und ein ganzes kulturelles Hinterland, das sich in der Zeit des Faschismus gebildet hatte, scheint dem Gedanken der besonderen Rolle der katholischen Partei als des katholischen Beitrags zur Demokratie noch emotionalen Nachdruck verliehen zu haben. Aber konnte die *Democrazia cristiana* wirklich die Zustimmung aller Katholiken in sich versammeln? In Wirklichkeit gab es in Italien bis in die letzten Kriegsjahre hinein einen politischen Pluralismus unter den Katholiken. In Rom gab es einen sehr bekannten Zusammenschluß junger im Widerstand tätiger Leute, die «*Sinistra Cristiana*», der sich aus kommunistischen Katholiken zusammensetzte, denen daran lag, ihren aufrichtigen Glauben mit der marxistischen Analyse des Klassenkampfes und mit ihrem linken Engagement zu versöhnen. In Süditalien richteten sich die Sympathien von Katholiken auf gemäßigte und rechtsstehende Kreise, denen die *Democrazia cristiana* verdächtig war, weil sie nach ihrem Urteil aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit den Kräften der Linken allzu offen war.

Gegen Kriegsende bot sich das Bild mehrerer unterschiedlicher Theorien für die Beteiligung von Katholiken am politischen Leben: ein betonter Pluralismus der Beteiligung von Katholiken an unterschiedlichen Parteien; mehrere Parteien katholischer Orientierung; eine einzige katholische Partei. Übrigens wäre das Modell einer einzigen katholischen Partei in Frankreich, wo es eine starke Tradition eines politischen Pluralismus gab, der auch unter den Katholiken stark verwurzelt war, nicht akzeptiert worden. Das Vorhandensein katholischer Kommunisten in Italien, die starke Hinneigung breiter katholischer Kreise zur Rechten und andererseits die Tatsache des Bestehens der *Democrazia cristiana* schienen die Notwendigkeit eines solchen Plura-

lismus zu beweisen. Und würde eine Vielzahl politischer Orientierungen unter den italienischen Katholiken nicht auch eine unparteiische und distanzierte Stellung des Heiligen Stuhls inmitten der politischen Streitigkeiten, wie Tardini sie wünschte, besser gewährleisten? «Partito cattolico, partiti cattolici, o cattolici nei partiti?» war der Titel eines 1945 erschienenen Buches von Papafava, über das einige Leute im Vatikan noch nachdenken mußten.

Die «römische Partei»

Im Laufe der Zeit wurde die Theoriedebatte von den Ereignissen verstärkt. In Italien gelang es der Democrazia cristiana, eine zentrale Rolle im politischen Leben einzunehmen, und zwar schon seit 1945, dem Jahr, in dem De Gasperi Ministerpräsident wurde, ein Amt, das er ununterbrochen bis Ende 1953 behauptete. Mitten in den Zweifeln vatikanischer Kreise während der letzten Phase des Krieges hatte die Initiative De Gasperis, dem es gelang, in der Mitte des italienischen politischen Spektrums eine katholische Partei zu bilden, die vatikanische Diplomatie unter Zugzwang gesetzt. Monsignore Montini hatte diese Position unterstützt, indem er die Organisationen der Katholischen Aktion ermutigte, die Democrazia cristiana zu unterstützen.

Aber nicht alle vatikanischen Kreise waren mit diesem Vorhaben einverstanden. Es handelte sich dabei nicht nur um Tardini, dessen Haltung bekannt ist und sich weiter entwickelt bis in die fünfziger Jahre hinein, in denen Tardini maßigend wirkt. Es gibt im Vatikan eine stille Opposition ist gegen das Entstehen der Democrazia cristiana als einer katholischen Partei. Diese Opposition ist in den vatikanischen Kreisen, die sich durch verschiedene Verbindungen und Meinungsaustausch als Einheit darstellen, sehr stark. Es besteht hier eine Sensibilität für die Probleme, die sich auch in den Beiträgen der Jesuitenzeitschrift «La Civiltà Cattolica», einer offiziellen Quelle für die Veröffentlichung vatikanischer Meinungen, wiederfindet. Es handelt sich um ein nicht organisiertes, aber im wesentlichen homogenes Milieu, eine Art «römischer Partei» innerhalb der Kurie und der kirchlichen Kreise mit gemäßigten und konservativen politischen Ideen, durchdrungen von ergebener Liebe zum Papst und zu Rom. Am stärksten und beständigsten kommt die Haltung dieser Gruppe zum

Ausdruck bei Kardinal Ottaviani, dem Präfekt des Sacrum Officium, und bei Monsignore Ronca, dem Rektor des Römischen Seminars. Schließlich muß man sich, um die Rolle der «römischen Partei» besser einschätzen zu können, auch den starken Einfluß des Sacrum Officium während dieser Zeit vergegenwärtigen, dieses Superministeriums unter den römischen Kongregationen, das berechtigt war, sich um alles zu kümmern, wofern es nur eine Beziehung zur Verteidigung der Unversehrtheit und Ganzheit des Glaubens hatte⁷.

Die «römische Partei» steht politisch der Democrazia cristiana feindlich gegenüber, weil sie ihrer Meinung nach den Kräften der Linken gegenüber zu offen und zu wenig zur Verteidigung der katholischen Interessen bereit ist. In der Analyse dieser Gruppe hat die Führung der Christdemokraten zwar einen Bereich der politischen Kräfte und der Wählerschaft «besetzt», die zu gemäßigten Zielsetzungen hinneigen, aber sie betreibt ständig eine Politik der «linken Mitte». Ottaviani und noch mehr Ronca üben in verschiedenen Phasen Druck aus auf die Democrazia cristiana, um sie zu einer Wende zu einer mehr gemäßigten Politik zu bewegen. Aber ihr Plan bleibt nicht dabei stehen. Sie wollen den gemäßigten und konservativen Strömungen im katholischen Milieu neue Möglichkeiten parteipolitischer Organisation bieten. Ihre politische Zielvorstellung ist es, eine konservative Partei mit katholischer Ausrichtung rechts von der Democrazia cristiana zu schaffen, die einen Teil der aus den Gruppierungen der katholischen Rechten der Democrazia cristiana entgegengebrachten Zustimmung absorbieren soll. Die «römische Partei» ist also für die Existenz zweier katholischer Parteien, der Democrazia cristiana und einer anderen, politisch mehr gemäßigten und konservativen Partei.

Diese Kreise hatten mit einem gewissen Mißtrauen beobachtet, wie die Parteien in Italien die Demokratie bejahten. Der Partito Popolare Don Sturzos, der von den Faschisten aufgelöst wurde, hatte in vielen vatikanischen Kreisen keine positive Erinnerung hinterlassen, und zwar wegen seines nichtkonfessionellen Charakters und seines Geistes der Autonomie, der ihn nur wenig empfänglich für die Weisungen des Heiligen Stuhls machte. Überdies betrachtete die «römische Partei» den Kampf gegen den Kommunismus gegenüber allen anderen Interessen als vorrangig. Würde nicht eine allzu starke Bejahung

der Demokratie den Widerstand gegen den Kommunismus und die Sowjetunion schwächen? Dies war die These vom «Bollwerk», die von Kardinal Ottaviani vertreten wurde, für den die Kirche den Widerstand gegen die Kräfte dessen, was er die «Antikirche» nannte, hätte mobilisieren müssen.

Ottaviani und Ronca, das Sacrum Officium und die «römischen» Kreise, sind also für eine politische und Parteien-Pluralität der Katholiken, um damit eine Alternative zu De Gasperis Democrazia cristiana zu schaffen. Auch gegenüber den katholischen Kommunisten zeigt das Sacrum Officium ein viel weicherer Verhalten als Montini, nicht aus ideologisch-politischen Sympathien, sondern weil das Vorhandensein einer kleinen katholischen Linkspartei die Existenz einer größeren katholischen Partei rechts von der Democrazia cristiana gerechtfertigt hätte. Aber schon bald werden die katholischen Kommunisten vom Heiligen Stuhl in Acht und Bann getan – und man vermutet, daß dahinter eine Intervention der Democrazia cristiana stand – und lösen sich im Jahre 1945 selbst auf.

Eine einzige Partei der Katholiken

Unschlüssig und bestürzt stand Tardini einem allzu eindeutigen Engagement der Kirche für eine politische Partei gegenüber; eindeutig feindlich steht die «römische Partei» der Macht der Democrazia cristiana in der katholischen Welt gegenüber. Wie kommt sie aber dann damit zurecht, daß die Democrazia cristiana sich als einzige Partei der Katholiken in Italien behauptet? Übrigens hören nach dem Krieg auch in Belgien, in den Niederlanden und in Westdeutschland die Bischöfe auf, die Einheit der Katholiken auf politischem Gebiet zu befürworten und zu fördern. In Deutschland befürworten die Bischöfe die Christlich-Demokratische bzw. Christlich-Soziale Union, wenn auch mit einem gewissen Zögern: denn CDU und CSU sind keine katholischen Parteien wie das alte «Zentrum». Der Jesuit Ivo Zeiger zog daraus in einem Bericht über die deutschen Katholiken und die Politik den Schluß, daß es in Deutschland keine eigentlich katholische Partei mehr gebe. Die niederländischen Bischöfe entmutigen die Versuche einer Parteigründung nach dem Muster der englischen Labour-Partei, während Kardinal van Roey, Erzbischof von Mecheln, die politischen Spaltungen zwischen den Katholiken verurteilt:

es sei (im Jahre 1945!) «ein verhängnisvoller Irrtum», wenn die Katholiken «sich auf politischem Gebiet zerteilen». In Frankreich ist – ungeachtet des Bestehens einer Partei katholischer Ausrichtung, des «Mouvement Républicain Populaire» (MRP) – die katholische Wählerschaft geteilt und pluralistisch engagiert: Viele katholische Stimmen gehen auch an die gaullistische Partei. Die Situation in Europa ist kompliziert und sehr unterschiedlich, auch wenn – mit der bemerkenswerten Ausnahme von Frankreich mit seiner betont pluralistischen Tradition – die Katholiken dazu neigen, ihre Stimmen auf eine einzige Partei zu konzentrieren, wozu die kirchliche Hierarchie ausdrücklich einlädt.

In Italien gibt es dann eine Entscheidung des Heiligen Stuhls, der in wachsendem Maße in der Democrazia cristiana die einzige Partei sieht, die der sozialistisch-kommunistischen Front wirksam entgegentreten kann. Es fehlt aber nicht an feindseligen Einstellungen zur Democrazia cristiana: Hauptsächlich im Vatikan wirft man ihr eine allzu sehr auf die «linke Mitte» sich verlagernde Politik vor, die zu sehr auf die Empfindlichkeiten ihrer Koalitionspartner in der Regierung achte und zu wenig empfänglich für die Hinweise der Kirche sei. Diese Stimmung gegenüber der Democrazia cristiana hat ihre Anfänge schon in der Zeit der Befreiung, und sie dauert an bis in die fünfziger Jahre. Pius XII. selbst teilt weithin die Kritik an der Democrazia cristiana. Seinen Gesprächspartnern gegenüber gibt er nicht immer zu erkennen, daß er mit De Gasperi über dessen Handlungsweise einer Meinung sei. In manchen Augenblicken kommt es in seinem Verhältnis zu de Gasperi zu wirklichen Spannungen⁸. Dennoch fürchtet der Papst zu sehr, daß ein eventuelles Zerwürfnis den Widerstand der Katholiken gegen die Linksparteien in der Zeit bis zu den Wahlen im Jahre 1946 schwächen könnte.

Das Prinzip einer einzigen Partei für die Katholiken wird in aller Offenheit vertreten vom Substituten Montini, der darin ein Werkzeug sieht, auf konsequente Weise einen christlichen Beitrag zum politischen Leben zu leisten, aber auch eine Gelegenheit, um die italienischen Katholiken endgültig für das Leben in der Demokratie zu engagieren. Durch die Einigung der Katholiken auf eine einzige Partei wäre ein Abgleiten bestimmter Gruppierungen des italienischen Katholizismus nach rechts zu Positionen, die für die Werte der Demokratie nicht offen

sind, unmöglich gemacht. Pius XII. schien weniger empfänglich für die Dringlichkeit einer Einbindung der italienischen Katholiken in die Demokratie mittels der *Democrazia cristiana*, als Monsignore Montini es war. Aber dieser konnte die *Democrazia cristiana* doch auch als die gemeinsame Anstrengung der italienischen Katholiken gegen die Linksparteien präsentieren: Dies war zutiefst kongenial mit der Sicht des Papstes, der nicht zögerte, seine eigene Autorität öffentlich dafür einzusetzen, daß die Katholiken die Probe der Wahlen in der rechten Weise bestünden.

Im Wesentlichen siegte das Prinzip Montinis über jenes der «römischen Partei» und über die vorsichtige Zurückhaltung Tardinis. Aber die Durchsetzung dieses Prinzips hängt dann ab vom unmittelbaren Willen des Papstes. «*La Civiltà Cattolica*» predigt 1945 die Einheit der italienischen Katholiken, wenn sie auch theoretisch den Parteienpluralismus gelten läßt: «Die Katholiken können normalerweise Parteien gründen», schreibt die angesehene Zeitschrift 1946. Aber herrscht im Italien der Nachkriegsjahre wirklich ein Zustand, den man mit dem Wort «normalerweise» richtig beschreiben kann? Durch die epochale Konfrontation mit den Kräften der Linken ist der Notstand gegeben. Solange der Notstand dieser Konfrontation dauert, räumt der Papst der katholischen Einheit immer den Vorrang vor allen anderen Problemen ein. Dennoch behält die «römische Partei» im Lauf der Jahre auf die eine oder andere Weise Möglichkeiten einer Lösung des Problems durch ein Zerschneiden der *Democrazia Cristiana* im Auge: Die zweite katholische Partei bleibt eine Drohung, die auch ziemlich ausdrücklich ausgesprochen wird gegenüber dem politischen Handeln De Gasperis, der ein waches Empfinden hat für die Probleme um die Übereinstimmung mit der Amtskirche und dem Gesamtkatholizismus.

Partei der Kirche oder Laienpartei?

Die Krise des Partito Popolare war entschieden worden dadurch, daß die Kirche, die gerade einen langen Weg zur Verständigung mit dem faschistischen Regime hinter sich hatte, der mit dem Abschluß der Lateranverträge von 1929 beendet wurde, ihn im Stich ließ. De Gasperi hatte diese Ereignisse miterlebt und erkannte gut den Wert einer politischen Zustimmung der Kirche zu einer katholischen Partei in Italien. Die

Beachtung, die er diesem Problem schenkt, ist auf die Dauer gleichbleibend. Überdies kommen in Italien die ersten Energien der *Democrazia cristiana* aus dem katholischen Milieu. Es ist dieses Milieu mit seinen Organisationen – in erster Linie der Katholischen Aktion –, mit der Hierarchie, in welchem die Partei bei den Wahlkämpfen eine kräftige Stütze findet. Die politischen Wahlen am 18. April 1948, die ersten nach der Proklamation der Republik, sind als eine Zeit überwältigender katholischer Mobilmachung zur Unterstützung der *Democrazia cristiana* in allgemeiner Erinnerung geblieben.

Die Unterstützung durch die Kirche und die katholischen Verbände ist für die *Democrazia cristiana* entscheidend geworden⁹. Und die Kirche ist entschlossen, diese Unterstützung auch auf der Ebene der einzelnen politischen Sachentscheidungen in die Waagschale zu werfen. Pius XII., die «römische Partei» und die vatikanischen Kreise ganz allgemein fordern von der Klasse der christdemokratischen Parteipolitiker feste Gefolgschaft auf dem Weg der Weisungen des Heiligen Stuhls: Verstärkung des antikommunistischen Engagements, Garantien für die kirchlichen Interessen, Verhinderung von Äußerungen des Antiklerikalismus usw. Die *Democrazia cristiana* wäre nach einer gewissen integralistischen Vorstellung des «katholischen Blocks» eine Art Transmissionsriemen für den Willen der Kirche hinüber auf das Gebiet der Politik gewesen, ganz ähnlich wie die anderen katholischen Organisationen auf anderen Gebieten. Diese Sicht, wenn hier auch nur auf sehr schematische Weise wiedergegeben, entsprach der Mentalität Pius' XII. und dem Empfinden in den katholischen Verbänden, wie sie in der Mobilisierung zum Wahlkampf zur Verteidigung der Kirche gegen die «Antikirche» zum Ausdruck gebracht worden waren.

Aber dies ist nicht die Sicht De Gasperis. Und sie ist ebenso wenig die von Monsignore Montini, der, als er sich entschlossen hatte, die Parteinheit der Katholiken befestigen zu helfen, diese Partei nicht als eine der Formen des katholischen Blocks betrachtet. Indem er De Gasperi unterstützt, will Montini die Autonomie der katholischen politischen Führungsschicht bestärken, der die Kirche alle Verantwortung auf dem Gebiet der politischen Beziehungen delegiert. Kurz gesagt: In der Sicht Montinis und De Gasperis ist die *Democrazia cristiana* die Partei der Katholiken, von der Kirche unterstützt, aber sie ist auch

eine politische Kraft aus christlicher Inspiration, autonom auf dem Gebiet der Entscheidungen und Strategien im politischen und parlamentarischen Leben. In diesem Rahmen strebten Montini und De Gasperi danach, die Rolle von Luigi Gedda (Humangenetiker und Präsident der Katholischen Aktion sowie Gründer der zur Unterstützung der *Democrazia cristiana* bestimmten «Comitati civici» – Anm. d. Red.) und der Katholischen Aktion auf politischem Gebiet einzuschränken, wobei sie dieser Vereinigung eine mehr auf dem Gebiet der Bildung liegende Aufgabe zudachten. Im Gegensatz dazu sah die «römische Partei» in Gedda als dem Präsidenten der Katholischen Aktion eine Gestalt, die fähig sei, die unwidersprochene Führerschaft De Gasperis abzuschütteln.

Eine Rede, die De Gasperi 1954 im Nationalrat über den laikalen Charakter der *Democrazia cristiana* als politischer Partei gehalten hat, scheint das Bekenntnis der moralischen Richtung zu sein, die ihn bis zu diesen Jahren geleitet hat. Diese Rede des alten Staatsmannes wurde in den vatikanischen Kreisen sehr übel aufgenommen, und zwar so sehr, daß «*La Civiltà Cattolica*» auf Veranlassung von Pius XII. selbst auf sehr direkte Weise den Überzeugungen des christdemokratischen Parteiführers widersprach. Diese Episode in der Zeit kurz vor dem Tode des Staatsmannes ist Ausdruck einer durch alle Jahre des Wiederaufbaus fortwährenden Spannung zwischen vatikanischen Kreisen – und dem Papst selbst – einerseits und der italienischen *Democrazia cristiana*. Für einen großen Teil der Leute im Vatikan ist die *Democrazia cristiana* die Partei der Kirche, errichtet von der Kirche, die sich darum auch viel homogener zur Politik des katholischen Blocks verhalten muß¹⁰.

In diesen Forderungen finden der Papst und die «römische Partei» sich wieder. Die «römische Partei» übt bei verschiedenen Gelegenheiten Druck aus, um zu erreichen, daß der *Democrazia cristiana* die Delegation als katholische Partei entzogen werde. Andererseits aber macht der Substitut Montini in den vatikanischen Kreisen auf die Verdienste der *Democrazia cristiana* seit 1945 und in der Bekämpfung des Kommunismus aufmerksam. In einem gewissen Sinne betrachten gewisse klerikale Kreise, unter ihnen namentlich Ottaviani, Ronca und andere, Monsignore Montini als das Haupthindernis für sie, bei der katholischen Partei ihren eigenen Einfluß und ihre eigenen Ansprüche geltend machen zu können.

Andererseits wird nach Kriegsende gerade das Amt Montinis, nämlich das Amt als Substitut des Staatssekretariats, die entscheidende Schaltstelle für die Lösung der politischen und religiösen Fragen Italiens.

Spanisches oder demokratisches Modell

Angesichts des demokratischen Wiederaufbaus Italiens und der anderen europäischen Länder stellt sich das Problem, nach welchem politischen Modell der Vatikan Pius' XII. handeln soll. Es stimmt, daß das Bündnis zwischen Faschismus und Nationalsozialismus (und der konsequente Eintritt Italiens in den Krieg) dem Traum von einer Katholisierung des Mussolini-Regimes, der von einigen katholischen Kreisen nach dem Abschluß der Lateranverträge genährt worden war, ein Ende bereitet hatte. Gegen Kriegsende, in der Zeit zwischen Faschismus und Demokratie, dachten einige Kreise im Vatikan an eine gewisse Rolle, welche von italienischen Militärs gespielt werden könnte, nämlich in der Art eines katholisch-militärischen Regimes. Der Heilige Stuhl hatte aber keinerlei Absicht, seine Autorität für solche Experimente aufs Spiel zu setzen – wie man aus der Position Tardinis und seiner Korrespondenz mit den Vereinigten Staaten von Amerika ersehen kann. Die Entscheidung für die Demokratie scheint eine abgemachte und verpflichtende Sache zu sein, von der der Vatikan die Katholiken nicht abhalten will. Im übrigen gingen auch die lehramtlichen Äußerungen Pius' XII. in den Kriegsjahren ziemlich eindeutig in diese Richtung: «Wenn die Zukunft der Demokratie gehören wird», sagte der Papst in seiner Radiobotschaft zu Weihnachten 1944, «dann wird ein wesentlicher Teil für die Vollendung ihres Auftrags darin bestehen müssen, den Kontakt zur Religion Christi und zur Kirche zu suchen.» Mit der Annahme der Demokratie, mit dem Protest gegen «die Monopole einer diktatorischen Macht, die unvereinbar ist mit der Würde und Freiheit der Staatsbürger», verbindet sich beim Papst das starke Bewußtsein seiner eigenen Rolle und der Rolle der Kirche im Vorlegen der Werte der menschlichen Person, des Naturrechtes, der christlichen Botschaft. Daher verbindet sich bei Pius XII. eine nachdrückliche Betonung der Rolle der Kirche als der «Lehrmeisterin der Zivilisation» klar mit der Annahme des demokratischen Systems.

Auf dieser Linie bewegen sich, auch von der ständigen Lehrverkündigung des Papstes inspiriert, die katholischen Parteien, auch wenn sie in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedliche politische Wege gehen¹¹. In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn die katholischen Kräfte Angebote einer Zivilisation machen, die sie in das politische Leben und in die bürgerliche Gesellschaft hineinragen wollen. Auf dieser Art von Vorhaben gründet sich die Ausarbeitung der konkreten politischen Programme, die dann durch die Wirklichkeit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg auf eine harte Probe gestellt werden sollten. Doch das Lehramt des Papstes insistiert auch auf der zentralen Rolle der Kirche – und nicht nur der einzelnen Katholiken – in der demokratischen Gesellschaft: Wie soll diese aber in einem pluralistischen System, wo es noch andere politische Kräfte laizistischer, sozialistischer, kommunistischer, konservativer usw. Tradition gibt, verwirklicht werden? «La Civiltà Cattolica» spricht hier von der Kirche als «Königin der Gesellschaft». Aber diese Platzierung erscheint nicht immer zu versöhnen zu sein mit der Wirklichkeit einer pluralistischen Demokratie.

Tatsächlich wird die Kirche in diesem System auf eine Ebene mit den anderen politisch-gesellschaftlichen Kräften gestellt, während die Presse und die öffentliche Meinung in ihrem Recht zur Kritik frei sind, einer Kritik, die bisweilen bis an die Schwelle des Antiklerikalismus geht. Die Reaktionen der vatikanischen Kreise auf dieses Klima, das sich an der harten Auseinandersetzung mit Kommunisten und Sozialisten aufheizt, sind sehr stark. Pius XII. selbst beklagt sich im Blick auf die Situation in Italien und in Rom oftmals öffentlich und privat im Gespräch mit italienischen Regierungsmitgliedern und christdemokratischen Parteiführern darüber. Es ist verständlich, daß sich in Italien diese Schwierigkeiten zeigen, schon nach 1946 und vor allem nach 1948, als die Wahlerfolge der Democrazia cristiana ihren Gipfel erreichen. Überdies ist dieses Klima belastet von der Entscheidung, mit der der Vatikan dem Vorhandensein von Kommunisten in Italien beizukommen sucht. Nach der Meinung vatikanischer Kreise und selbst Pius' XII. ist die christdemokratische Politik in Italien gegenüber Kommunisten und Sozialisten nach der Exkommunikation von 1949 und nach der offen antireligiösen Kirchenpolitik in den osteuropäischen Ländern allzu schwach. Die Eindämmung

des Wirkungsfeldes der Kommunisten ist nach der Anschauung des Papstes eine der vorrangigen Aufgaben der katholischen Partei.

In diesem schwierigen Klima holen die gemäßigten Kreise des Vatikans, die «römische Partei» und Kardinal Ottaviani persönlich ein Staatsmodell wieder hervor, das nicht eigentlich nach dem Muster der modernen Demokratie geformt ist: das des «katholischen Staates» etwa nach Art des Franco-Staates in Spanien, in dem allein die «Wahrheit» Recht auf Freiheit hat, während der Irrtum höchstens die Möglichkeit hat toleriert zu werden. Und die Sozialkommunisten, die unter diesem Namen feierlich von der Kirche verurteilt worden sind, stellen im Grunde genommen den «Irrtum» schlechthin dar¹². Der Irrtum materialisiert sich so in den sozialistischen und kommunistischen Parteien, gegen die ein katholischer Staat strenge Maßnahmen ergreifen muß (wie sie von anderer Seite in Italien auch gegen die Anwesenheit und die missionarische Tätigkeit verschiedener protestantischer Gruppen gefordert wurden). Aber war Italien denn überhaupt ein katholischer Staat? Nach dem 18. April 1948 mit dem entscheidenden Sieg der Democrazia cristiana fragten sich die gemäßigten vatikanischen Kreise, aus welchen Gründen eigentlich im Land nicht eine Regierungsform eingerichtet werde, die entschiedener auf das Modell eines katholischen Staates ausgerichtet sei. Im Grunde genommen fanden sich Realisationen des Typs eines «katholischen Modells» allein auf der iberischen Halbinsel.

Tatsächlich fehlte es in «La Civiltà Cattolica», der Jesuitenzeitschrift, die der römischen Partei sehr nahestand, nicht an Äußerungen der Wertschätzung für das spanische Regime, während die Zeitschrift mit ihren Vorbehalten gegenüber dem Modell der angelsächsischen Demokratie nicht sparsam umging. P. Messineo schreibt, daß das franquistische Regime «hinsichtlich der akatholischen Kulte sich im wesentlichen, wenn auch nicht vollständig, im Einklang mit der Lehre der Kirche befindet». Und eben aus katholischen spanischen und franquistischen Kreisen kommt kurz vor den Wahlen vom 18. April 1948 die Anregung an den Vatikan, er solle sich darum bemühen, daß die Kommunisten mit Hilfe der Amerikaner für illegal erklärt werden sollten und sich nicht zur Wahl stellen könnten. Die Antwort Pius' XII. auf diesen Plan, der aus Italien ein Land wie Spanien gemacht hätte, ist dagegen eindeutig: «Jetzt eine solche Initiative zu ergrei-

fen, würde der Ermutigung zu einer Revolution gleichkommen und wäre, wenn man sich die Methoden der Demokratie vergegenwärtigt, auch unvorstellbar.» Der Papst ist sich hellwach bewußt, daß ein solches autoritäres Abenteuer undurchführbar wäre.

Dennoch hat man in den vatikanischen Kreisen beträchtliche Mühe, den demokratischen Pluralismus zu akzeptieren, sofern er voll zum Zuge kommt. Man sieht die Gefahr eines Sieges der Kommunisten; man beobachtet den geringen Respekt der öffentlichen Meinung für die Kirche und ihre Amtsträger. Gegenüber dem spanischen Modell zeigt man eine gewisse kühle Distanz, wie etwa in den mit Monsignore Montini verbundenen Kreisen. Aber auch Tardini hat keine besonderen Sympathien für Franco. Andere aber – man denke nur an Ottaviani – sehen in Spanien ein Modell, das man verteidigen und in Europa und vor allem in Lateinamerika weiterempfehlen sollte. 1952 z. B. hält Ottaviani eine öffentliche Rede, in der er das Modell eines Staates von dem Typ, wie er in Spanien verwirklicht ist, in den höchsten Tönen preist. Diese Intervention zählt wohl zu einem der vielen Versuche, Druck zugunsten eines Konkordatsabschlusses zwischen dem Heiligen Stuhl und Spanien auszuüben, dem gegenüber Pius XII. sich ebenso wie das Staatssekretariat lange Zeit zögernd verhielt. Das Konkordat wurde dann 1953 unterzeichnet, kurz vor den ersten Verträgen zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten von Amerika, und es stellt einen bemerkenswerten diplomatischen und moralischen Erfolg Francos dar.

Demokratie und katholische Partei

Vom Ende des Krieges bis zum Abschluß des Pontifikats Pius' XII. gibt es im Vatikan beträchtliche Unzufriedenheit mit der Democrazia cristiana wegen ihrer Unfähigkeit, die Bewegungsfreiheit und den Einflußraum der Kommunisten in der italienischen Gesellschaft einzuzengen, und wegen ihrer Weigerung, den Staat «katholischer» zu machen. Und die Unzufriedenen haben als Gegenbeispiel das Spanien Francos im Sinn. Dennoch ist zu sagen, daß die Kreise, die der Partei De Gasperis gegenüber kritisch sind, letzten Endes unterlegen sind, während die Democrazia cristiana sich als die einzige Partei der Katholiken in Italien behauptet, die eine zentrale Stellung im politischen Leben und in den

Regierungen der Republik einnimmt. Diese Democrazia cristiana, die hervorgegangen ist aus dem Willen De Gasperis (mit Unterstützung durch Montini), ist bald zu einer vollendeten Tatsache geworden, die man nicht leicht rückgängig machen kann. Pius XII., der auf weite Strecken die gemäßigte Kritik an der Partei teilt, ist sich ihrer Unersetzlichkeit und der Gefahr, die aus einer Krise der Partei für die Fähigkeit zur Auseinandersetzung mit dem Kommunismus entstehen könnte, bewußt. Im Lauf der Jahre verliert der Gedanke, als eine Alternative zur Democrazia cristiana eine konservative Partei zu gründen, vielleicht auch mit Unterstützung der politischen Rechten, mehr und mehr an Lebenskraft und Attraktivität. Die Parteien leben in der italienischen Gesellschaft aus der ihnen eigenen Kraft. Auch die Democrazia cristiana ist – strukturell gesehen – immer weniger von der Kirche abhängig, wenn auch deren Hilfestellung eine gewichtige Rolle spielt¹³.

Die Streitpunkte zwischen Vatikan und Democrazia cristiana reduzieren sich nun immer mehr auf die Frage der Autonomie der Partei gegenüber den Direktiven des Vatikans. Die Democrazia cristiana und De Gasperi beanspruchen volle Autonomie auf dem Gebiet der politischen Entscheidungen. So will z. B. 1952 Pius XII., daß die katholische Partei bei den Kommunalwahlen in Rom eine Einheitsfront mit den Rechtsparteien bilden, um so die Kommunisten einzudämmen. Dies aber würde einen Widerruf der von De Gasperi angeführten Politik der Mitte bedeuten. Dieser Operationsplan (der den Namen «operazione Sturzo» erhielt) wurde vom Parteiführer der Democrazia cristiana abgelehnt, womit er die Mißbilligung und den Unwillen Pius' XII. weckte. Aber dies ist nur eine der vielen Episoden auf nationaler oder lokaler Ebene, in denen sich ein Streit zwischen Kirche und Democrazia cristiana über die Grenzen der politischen Autonomie der Partei entwickelte.

Seit Ende der fünfziger Jahre bis in die sechziger Jahre hinein kommt es dann zu beträchtlichen Auseinandersetzungen zwischen der Kirche und der Democrazia cristiana bezüglich eines neuen Verhältnisses zur sozialistischen Partei. Es ist die Zeit der sogenannten «apertura a sinistra», der «Öffnung nach links», die von Moro und Fanfani vertreten wurde und auf die viele Bischöfe mit Bestürzung reagierten. Aber zu dieser Zeit ist Pius XII. schon tot, und der neue Papst heißt Johannes XXIII.

So behauptet sich in Italien die *Democrazia cristiana* als die einzige Partei der Katholiken. Dies schmälert natürlich den politischen Pluralismus im katholischen Milieu. Aber vielleicht trägt es unter einem bestimmten Gesichtspunkt auch dazu bei, daß damit verhindert wurde, daß die katholischen Wählerstimmen (und dabei muß man bedenken, daß das katholische Milieu, das gerade durch die Zeit des Faschismus hindurchgegangen war, eher auf gemäßigte politische Zielsetzungen hin orientiert war) zu rechtsextremen Gruppierungen hin abwanderten. Die kirchliche Autorität scharft sich zwar in den Zeiten der Wahlen als schützendes Karree um die *Democrazia cristiana*, um sich aber dann in privaten Gesprächen darüber zu beklagen, daß die katholischen Parteiführer bei ihren politischen Entscheidungen zu wenig empfänglich seien für die Anweisungen der Kirche. Dennoch ist unverkennbar, daß – vor allem in den ersten Jahren der Republik – der Beitrag der Kirche zur Behauptung der *Democrazia cristiana* von entscheidender und lebenswichtiger Bedeutung war.

Ist aber das Modell einer einzigen Partei der Katholiken, die in die geschlossene Formation der *Democrazia cristiana* eingegliedert sind, auch ein möglicher Exportartikel für das Ausland? In Frankreich ist die Lage sehr viel anders. Als 1951 der «*L'Osservatore Romano*» den französischen Katholiken empfiehlt, das «*Mouvement Républicain Populaire*» (MRP) zu wählen, da es eine katholische Partei sei, fällt dieser Aufruf auf wenig empfänglichen Boden: Er wird vom französischen Episkopat sehr kühl aufgenommen und ruft bei den französischen Politikern heftige Reaktionen hervor¹⁴. Tatsächlich kennt der französische demokratische Pluralismus nicht die Erfahrung der Existenz einer einzigen katholischen Partei, ganz im Gegensatz zu Italien und anderen europäischen Ländern. Auf gesamteuropäischer Ebene aber kommt die Entscheidung der verschiedenen Landeskirchen für die Unterstützung einer christlich orientierten Partei nicht nur von Rom her, sondern sie wird auch von den nationalen Episkopaten angeführt und gewollt. In Italien spielen die Bischöfe keinerlei Rolle in politischen Fragen. Die Weisungen kommen hier direkt aus dem päpstlichen Staatssekretariat, vom Vatikan und vom Papst persönlich. Tatsächlich ist bis zum Zweiten Vatikanischen Kon-

zil der Heilige Stuhl das einzige Koordinierungszentrum in der Kirche Italiens¹⁵.

Die politische Situation Italiens stellt daher in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg eine Art Laboratorium dar, in der die verschiedenen im Vatikan bestehenden politischen Tendenzen ohne jede Zwischenschaltung und Mitverantwortung des nationalen Episkopats in Tagespolitik umgesetzt werden. Dadurch sind die hohen verantwortlichen Funktionäre des Vatikans, die fast alle geborene Italiener sind, in starkem Maße in die italienische Politik hineinverstrickt. Für das Entstehen der katholischen Partei ist Italien daher ein Laboratorium, in dem sich die Anweisungen des Heiligen Stuhls, die auch in heftigen Auseinandersetzungen und Zerreißproben innerhalb des Reservats des vatikanischen Milieus heranreifen, der Bewährungsprobe ausgesetzt werden können. Von diesen Auseinandersetzungen und Zerreißproben hat die Außenwelt nur gewisse seltene Ahnungen, so etwa, als Monsignore Montini 1954 auf den Posten des Erzbischofs von Mailand versetzt wird. Aber der Konflikt besteht tatsächlich. In dieser Lage reifen viele Anweisungen heran, die zum Teil auch auf andere Länder übertragen werden, die aber weiter entfernt und weniger empfänglich für so etwas sind, deren sich der Heilige Stuhl auch weniger sicher und für die er weniger unmittelbar verantwortlich ist. So bleibt die italienische Erfahrung der Nachkriegsjahre sehr vereinzelt und von besonderer Art und – in gewisser Weise – auch sehr «vatikanisch». Von bleibender und bemerkenswerter Bedeutung aber ist, daß die Kirche und breite katholische Volksmassen durch diese Erfahrung mit der katholischen Partei aktiv in den Aufbau der Demokratie hineinverflochten werden. Aus De Gasperis Worten von 1952 kann man an manchen Stellen herauslesen, wie schwierig diese Einbindung des katholischen Milieus in die Demokratie gewesen ist: «Müssen nicht auch wir besorgt darüber sein, daß wir uns auf die Katholiken stützen, die doch so leicht anfällig sind für die Diktatur und für konservative Ideen?... Die Geschichte des Katholizismus gibt uns nicht das Recht, lauthals Vertrauen in die Freiheit zu fordern: Die Katholiken sind in diesem Punkt immer gespalten gewesen», sagte damals dieser italienische Staatsmann.

¹ Zu dieser Frage vgl. J. M. Mayeur, *Des partis catholiques à la démocratie chrétienne* (Paris 1980); ders., *Pio XII ed i movimenti cattolici in Europa: Pio XII*, hgg. von A. Riccardi (Bari 1984) 277–293.

² Vgl. Pio XII, hgg. von A. Riccardi (Bari 1984): hier vor allem den historischen Beitrag von F. Traniello, *Pio XII dal mito alla storia*, aaO. 5–29.

³ Vgl. E. Di Nolfo, *Vaticano e Stati Uniti, 1939–1952* (Mailand 1978). Siehe auch P. Pastorelli, *Pio XII e la politica internazionale: Pio XII*, aaO. 125–147.

⁴ A. Riccardi, *Roma «città sacra»? Dalla Conciliazione all'operazione Sturzo* (Mailand 1976).

⁵ Diese Hypothese, die im wesentlichen von nachfolgenden Studien bestätigt worden ist, wurde vorgetragen von P. Scoppola in seinem Buch *«La proposta politica di De Gasperi»* (Bologna 1977).

⁶ Über die Gleichgewichtspolitik der Regierung in den Jahren zur Zeit Pius' XII. vgl. A. Riccardi, *Governo e «profezia» nel pontificato di Pio XII: Pio XII*, aaO. 31–92. Von erwähnenswertem Interesse sind hier auch die Tagungsberichte eines Kolloquiums der Französischen Schule in Rom über *«Paul VI et la modernité»* (Rom 1984). Vgl. hier vor allem R. A. Graham, G. B. Montini Substitute Secretary of State (in tandem with Domenico Tardini); aaO. 66 und 82. – Kardinal Tardini selbst hat eine eigene und originelle Betrachtung über die Jahre Pius' XII. anlässlich des ersten Jahrestages des Todes Pius' XII. geschrieben: *Pio XII* (Vatikanstadt 1960).

⁷ Siehe A. Riccardi, *Il «partito romano» nel secondo dopoguerra, 1945–1954* (Brescia 1982): Hier wird versucht, eine Art «Geographie» dieser Gruppe zu skizzieren und ihre Politik zu identifizieren. Dabei sollte man sich bewußt bleiben, daß dieser Kreis, da es sich um eine Lobby von Kirchenmännern handelt, keinen bestimmten Namen trug, sondern vielmehr eine polyzentrische Größe war, die sich zusammensetzte aus ideellen Übereinstimmungen und den verschiedensten persönlichen Beziehungen.

⁸ Zu diesem italienischen Staatsmann siehe auch die Erinnerungen von G. Andreotti, der sein enger Mitarbeiter war: *De Gasperi visto da vicino* (Mailand 1986).

⁹ Nach mehr als zehn Jahren heftiger Auseinandersetzungen über die Rolle der politischen Führerschaft der katholischen Partei gibt es heute in Italien eine umfangreiche Literatur. Siehe u. a.: A. Giovagnoli, *Le premesse della ricostruzione* (Mailand 1982) (in diesem Buch werden die Beziehungen zwischen dem politischen Engagement und den verschiede-

nen Richtungen der Spiritualität und geistigen Profilierung der katholischen Parteiführer untersucht); R. Moro, *La formazione della classe dirigente cattolica, 1929–1937* (Bologna 1979) – mit einer Untersuchung über die Zeit der Vorbereitung während der Zeit des Faschismus.

¹⁰ Eine umfangreiche und repräsentative Arbeit über die *Democrazia cristiana* ist das Buch von G. Baget-Bozzo: *Il partito cristiano al potere*, 2 Bde (Florenz 1974).

¹¹ Ein Vergleich zwischen der deutschen und der italienischen Erfahrung wird geboten in: Konrad Adenauer e Alcide De Gasperi; due esperienze di refondazione della democrazia, hgg. von U. Corsini und K. Reppen (Bologna 1984). Vgl. auch B. Brezzi, *I partiti democratici cristiani d'Europa* (Mailand 1979).

¹² *Les catholiques dans l'Espagne franquiste*, 2 Bde (Paris 1980).

¹³ Einige Beobachtungen im Blick auf die Jahre der sogenannten «katholischen Hegemonie» in Italien finden sich bei P. Scoppola, *La «nuova cristianità» perduta* (Rom 1985). Vgl. auch G. Alberigo, *Santa Sede e vescovi nello Stato unitario. Verso un episcopato italiano (1958–1985): Storia d'Italia, Annali 9, La Chiesa ed il potere politico* (Turin 1986).

¹⁴ Vgl. R. Rémond, *Forces religieuses et partis politiques: Forces religieuses et attitudes politiques*, hgg. von R. Rémond (Paris 1965) 57–87.

¹⁵ Vgl. A. Riccardi, *Chiesa di Pio XII o Chiesa italiana? Le Chiese di Pio XII*, Hg. A. Riccardi (Bari 1986).

Aus dem Italienischen übersetzt von Dr. Ansgar Ahlbrecht

ANDREA RICCARDI

1950 in Rom geboren. Ordentlicher Professor für die Geschichte der politischen Bewegungen und Parteien an der Universität Bari. Forschungsarbeit auf dem Gebiet des italienischen und europäischen Katholizismus im 18. und 19. Jahrhundert, vor allem unter dem Aspekt der Gegnerschaft zum I. Vatikanum. Mit seinem Buch *«Roma «città sacra»?»* (Mailand 1979) hat er sich der Geschichte der Kirche Roms in der Zeit zwischen dem Faschismus und den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg zugewandt; mit *«Il partito romano»* (Brescia 1983) hat er eine Untersuchung über die Beziehungen vatikanischer Kreise zur italienischen Politik vorgelegt. Herausgeber zweier Bücher mit Untersuchungen zum Pontifikat Pius' XII.: *Pio XII* (Bari 1984); *Le Chiese di Pio XII* (Bari 1986). Anschrift: Via S. Evaristo, 173, Roma, Italien.